

Stuttgart 21: Protest mit Bahnsteigkarte

Bei Jungen und Alten, bei Schülern, Studenten, Berufstätigen, Arbeitslosen oder Rentnern, bei Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten scheint das Maß voll zu sein. Die Leute haben es satt, dass über ihre Köpfe hinweg Politik gemacht wird. Sie wollen mitbestimmen, was mit ihrem Geld, was mit ihrer Stadt, was mit ihrer Infrastruktur passiert. Alle vier Jahre ein Kreuzchen setzen, und das Kreuz dann vier Jahre tragen, nein danke, antworten immer mehr Menschen. Eine jahrelange politische Apathie hat sich in ein gesellschaftliches Unbehagen gewandelt, das die Bevölkerung immer wieder auf die Straße treibt. Sie nutzt ihr demokratisches Recht auf Demonstration. „Die Zeit der Basta-Entscheidungen ist vorbei“, sagt der Stuttgart 21-Vermittler Heiner Geißler, während Merkel und Mappus uns Grünen undemokratisches Verhalten vorwerfen.

Die Grünen unterstützen den friedlichen Protest und wollen zurückfinden zu einer politischen Kultur des gegenseitigen Respekts. Wir wollen zwar weiterhin bei Wahlen gewinnen, aber auch die Bevölkerung zwischen den Wahlen beteiligen und entscheiden lassen. Dazu gehört, frühzeitig Transparenz zu schaffen. Das Instrument dafür ist der Bürgerentscheid. In Baden-Württemberg sind die Hürden dafür noch viel zu hoch – das muss sich nach der Landtagswahl ändern..

Der Realitätsverlust, die Maßlosigkeit, aber auch die Ratlosigkeit der schwarz-gelben Landesregierung werden immer deutlicher. Sie hat nicht begriffen, worum es den friedlichen DemonstrantInnen geht. Es geht nicht darum, dass das Projekt dem unmündigen Landeskind nicht genügend erklärt wurde. Die Bürger kennen die Fakten und wollen es mehrheitlich gerade deshalb nicht. Überdimensioniert, unnötig, keine Wirtschaftlichkeit oder auch Umweltbedenken: Es gibt genügend Argumente gegen das Milliarden-Projekt. Der Protest ist deshalb so groß, weil das Projekt eben falsch ist. Wasserwer-

fer und Pfefferspray waren aber noch nie überzeugende Argumente, sie sind beschämend.

Rechtmäßige Entscheidungen durch alle Instanzen – das zu beschwören, zieht nicht mehr. Legal ist nicht immer legitim. Erst jetzt wurde bekannt, auf welcher fragwürdiger Basis die Gremien entschieden haben. Stuttgart 21 ist zudem ein Projekt des letzten Jahrhunderts: Pläne, Technik, Bedarfe, Philosophie, Kosten – alles auf der Basis 20 Jahre alter Berechnungen.

Diese Großprojekte sind keine Selbstläufer mehr. Die BürgerInnen demonstrieren auch andernorts gegen falsche und teure Prestigeprojekte. Sie wollen Transparenz und Mitsprache über die Pläne, die Kosten, die ökologischen und ökonomischen Alternativen, von Anfang an. Das Volk ist nicht so unmündig, wie mancher Politiker es gerne hätte. Und es sieht die Not an anderer Stelle. Dass Geld für Bildung fehlt, dass die sozial Schwächeren immer mehr werden. Keinen Sinn sieht die Bevölkerung dagegen in einer teuer erkauften Fahrzeitverkürzung bei einer Bahn, die sich ansonsten chronisch verspätet, mit altem Wagenmaterial immer wieder Schlagzeilen produziert.

Die Kosten stehen in keinem Verhältnis zu dem Nutzen. Es ist ja auch entgegen mantrahaft wiederholter Beteuerungen kein Bahn-Infrastrukturprojekt, sondern ein gigantisches Immobilienprojekt für eine zweite Stuttgarter City. Die Wirtschaftlichkeitsberechnung des Bundes muss sehr verborgen werden, um die Hürde zu überspringen. Koste es was es wolle, um ein paar Minuten schneller irgendwo zu sein, ist vorbei. Moderne Mobilität und Urbanität gehen anders.

➔ MdL Werner Wölfle ist Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Stuttgarter Gemeinderat.



Werner Wölfle
Foto: Grüne Stuttgart